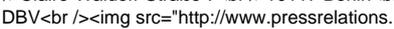




## 'Bodenschutz ist zuerst Flächenschutz'

"Bodenschutz ist zuerst Flächenschutz" - Krüsken: Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen statt bürokratischer EU-Richtlinien  
Landwirtschaftlich genutzte Böden sind die Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Der Schutz dieser Böden vor Flächenverbrauch und Versiegelung und die Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen muss am Anfang des Bodenschutzes stehen." Dies stellte der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Bernhard Krüsken, auf der Tagung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zum Internationalen Jahr des Bodens heraus. Das Jahr 2015 ist von den Vereinten Nationen zum UN-Jahr des Bodens erklärt worden. Krüsken betonte, dass die Erhaltung und Förderung von nachhaltiger Bodenfruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit im elementaren Interesse der Landwirte liege. Der Schutz der Böden sei in einer Vielzahl von europäischen und nationalen Regelungen des Dünge-, Wasser-, Abfall- und Baurechtes verankert. Bodenschutz werde über die nationale Gesetzgebung und das Eigeninteresse der Landwirte zielführender erreicht als über neue bürokratische Schutzpläne und Doppelregelungen auf europäischer Ebene. "Eine europäische Bodenrahmenrichtlinie macht keinen Sinn, solange das eigentliche Problem Flächenfraß nicht angegangen wird. Wenn wir das Jahr des Bodens 2015 ernst meinen, brauchen wir ein gesetzlich festgeschriebenes Erhaltungsgebot für landwirtschaftlich genutzte Flächen", erklärte Krüsken. Die Zeit für einen "Paradigmenwechsel" im Umgang mit der nicht vermehrbaren und daher knappen Ressource Boden sei längst gekommen. Bereits im Jahr 2011 habe der DBV mit seiner Kampagne "STOPPT Landfraß" Vorschläge für eine drastische Senkung des Flächenverbrauchs unterbreitet. Kommunen, Gemeinden und Städte dürften nicht länger eine Entwicklung auf der "Grünen Wiese" forcieren, sondern müssten der Innenentwicklung Vorrang geben. "Die Politik sollte zudem ein gesetzliches Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen schaffen, wenn sie es im Jahr des Bodens 2015 mit dem Bodenschutz ernst meint", forderte Krüsken. Zu den Forderungen nach einer Reduktion des so genannten "virtuellen Landimports" merkte Krüsken an, dass dies nur über eine produktive und effiziente Landnutzung in Deutschland und in Europa geleistet werden kann. "Solange die Agrar- und Umweltpolitik in Deutschland und der EU der landwirtschaftlichen Nutzung Flächen entzieht oder die Flächenproduktivität senkt, vergrößert sich dieser virtuelle Flächenimport. Zur internationalen Verantwortung Deutschlands gehört es demnach auch, im eigenen Land eine nachhaltige, produktive und effiziente Flächennutzung zu erhalten", so der DBV-Generalsekretär.  
Autor: Deutscher Bauernverband / DBV-Pressestelle / Claire-Waldoff-Straße 7 / 10117 Berlin  
Telefon: 030 31904-239 / Fax: 030 31904-431 / Copyright: DBV  


### Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

### Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.